ZEITSCHRIFT DER WÄHLERGRUPPE
DIE aNDERE
MAI 2015

DIE aNDERE

THEMEN

STÄDTISCHE BETRIEBE

STADTRÄUME

GARNISONKIRCHE

RECHTER RAND

Seite 16

EINDÖPFNERN ALS ERFOLGS-MODELL

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Pünktlich zum Tag der Befreiung erscheint das diesjährig zweite Heft der Fraktion und Wähler*innengruppe DIE aNDERE. Wieder informieren wir Sie/Euch über Themen der Stadtpolitik aus Sicht der Opposition: Die Absperrung öffentlicher Grünanlagen durch Mäzene, der Arbeitskampf im Bergmann-Klinikum für gleichen Lohn für alle Beschäftigten sowie die Aufgabe der Geburtsstation in Bad Belzig; die neuen Aufsichtsratsmitglieder der Wähler*innengruppe in den kommunalen Unternehmen; ideologische Hintergründe des Garnisonkirchenglockenspiels und Einiges andere mehr.

Seit der letzten Ausgabe sind einige Monate vergangen. Nach wie vor hat sich bei der Vergütung der Auszubildenden im Klinikum nichts getan – die Azubis erhalten immer noch nicht den nach TVAöD möglichen Lohn – somit wurde ein Stadtverordnetenbeschluss noch immer nicht umgesetzt.

Wir bedauern den Tod IVO LITSCHKES, der ein verlässlicher Partner seitens der Gewerkschaft *ver.di* in dieser Auseinandersetzung war.

Eine interessante und kurzweilige Lektüre wünscht

CARSTEN LINKE
Fraktionsvorsitzender DIE aNDERE

INHALT

KURZNOTIZEN 04

STÄDTISCHE BETRIEBE

ARBEITSKAMPF IM KLINIKUM 06

REVIVAL DER ZENTRALISIERUNGSIDEE 09

aNDERE AUFSICHTSRÄTE 14

STADTRÄUME

EINDÖPFNERN ALS ERFOLGSMODELL 16

BERLIN MACHT'S RICHTIG:
VOLKSBEGEHREN FÜR BEZAHLBAREN WOHNRAUM 21

GARNISONKIRCHE

„ÜB IMMER TREU UND REDLICHKEIT" –
EIN UNHINTERFRAGTES SYMBOL 23

DIE KUNST, SICH NICHT ÜBER DEN
RUNDEN TISCH ZIEHEN ZU LASSEN 26

RECHTER RAND

„DEUTSCHLAND SCHAFFT SICH AB" –
WAS AFD, SARRAZIN UND DEUTSCHE NAZIS EINT 28

INTERVIEW MIT GISELA MÜLLER 32

IMPRESSUM 34

KURZNOTIZEN

Klinikum trickst beim Azubi-Geld

Am 02.09.2012 beschloss die *Stadtverordnetenversammlung* (SVV): „Die Vertreter/innen der Stadt Potsdam in den Gremien des städtischen *Klinikums Ernst von Bergmann* sollen darauf hinwirken, dass Auszubildende im Potsdamer Klinikum eine Ausbildungsvergütung erhalten, die mindestens so hoch ist wie im Krankenhaus Brandenburg.“ Wenig später teilte der Oberbürgermeister mit, dass „die Erhöhung der Ausbildungsvergütung in die Budgetverhandlungen mit den Krankenkassen für das Jahr 2012 aufgenommen“ wurde (13/SVV/0590). Daher waren wir einigermaßen überrascht, als sich zum Jahresende 2014 in der Presse Azubis des Klinikums darüber beklagten, dass sie nicht einmal 80 % des öffentlichen Azubitarifes erhalten. Im Februar 2015 verweigerte der Oberbürgermeister nun eine klare Auskunft auf unsere Fragen, ob er den Stadtverordnetenbeschluss umgesetzt und dem Geschäftsführer **Steffen Grebner** eine verbindliche Anweisung erteilt hat (15/SVV/0077). DIE aNDERE wird in der SVV und im Aufsichtsrat des Klinikums Druck dafür machen, dass Auszubildende endlich die von den Stadtverordneten beschlossene Bezahlung erhalten.

Neue Briefkästen im Flüchtlingsheim

Im September 2014 beantragte die Fraktion DIE aNDERE, dass Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften dort auf Wunsch einen eigenen verschließbaren Briefkasten erhalten. Eine formale Abstimmung war nicht nötig, weil die Sozialbeigeordnete zusagte, das Anliegen umzusetzen und auch die Heimleitungen sich kooperativ zeigten.

Verlängerung der Kündigungsausschlussfrist bei Mietverträgen

Wird eine vermietete Wohnung in eine Eigentumswohnung umgewandelt und verkauft, kann die neue Eigentümerin den Mietvertrag erst nach einer Sperrfrist von drei Jahren wegen Eigenbedarfs kündigen. Seit mehreren Jahren können Landesregierungen diese Kündigungsausschlussfrist in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt auf maximal zehn Jahre verlängern. Im Gegensatz zum Berliner SPD/CDU-Senat hat die SPD/Linke-Landesregierung in Potsdam von dieser Möglichkeit noch keinen Gebrauch gemacht. Das zuständige Sozialministerium sah dafür bislang keinen Bedarf, weil kaum Wohnungen privatisiert werden. Mitte März berichtete die Lokalpresse von einer Studie des Immobilienunternehmens *Engel und Völkers*. Danach lassen sich in Potsdam auch in schlechteren Lagen Wohnungen noch gewinnbringend vermarkten, wenn „sie sich gut aufteilen und für den Einzelverkauf von Eigentumswohnungen verwerten“ lassen. DIE aNDERE wird sich bei der neuen Sozialministerin **Diana Golze** dafür einsetzen, dass endlich auch in Brandenburg die rechtlichen Möglichkeiten für den Schutz von Mieter*innen voll ausgenutzt werden.

Luftschadstoffe und Verkehr

Seit 2005 gelten europaweite Grenzwerte für Luftschadstoffe. DIE aNDERE forderte schon vor Jahren Sofortmaßnahmen zur Einhaltung dieser Grenzwerte. 2011 kündigten wir rechtliche Schritte von Anwohner*innen schadstoffbelasteter Straßen an. Statt den ÖPNV auszubauen, erreichte der Oberbürgermeister bei der EU-Umweltbehörde einen Aufschub bis 2015. Diese Frist ist nun ungenutzt verstrichen. Potsdam hat den Ausbau des ÖPNV-Netzes verpasst und im Gegensatz zum Umland nicht einmal ein kostenloses Schülerticket. Es ist unwahrscheinlich, dass Strafzahlungen der Kommune noch vermieden werden können. Der geplante Umbau der Zeppelinstraße ist richtig, aber nur ein Teilstück auf dem Weg zu einer modernen, lebenswerten Stadt, in der *mobil* nicht mit *autogerecht* verwechselt wird.

Deserteurdenkmal neu gestaltet

Am 26. März 2015 erhielt das Denkmal für den Unbekannten Deserteur am Platz der Einheit eine zusätzliche Tafel. Diese enthält Informationen zur Geschichte des Denkmales, zur Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure und zum Künstler **Mehmet Aksoy**, der die Skulptur geschaffen hat. Kulturamtsleiterin **Frau Seemann** stellte am Denkmal eine Broschüre vor, die die Kunstwerke im öffentlichen Raum der Innenstadt enthält. Der Vorsitzende des *Vereins zur Förderung antimilitaristischer Traditionen* in der Stadt Potsdam, Dr. **Jörg Kwapis**, überbrachte in einer kurzen Rede die Grüße des Vorsitzenden der *Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz*, **Ludwig Baumann** und bedankte sich im Namen der Opferverbände für die konstruktive Zusammenarbeit bei der Erarbeitung des Tafeltextes.

Das *Denkmal des unbekannten Deserteurs* nach der Neugestaltung / Seine Aufstellung in Potsdam jährt sich 2015 zum 25. Mal

ARBEITSKAMPF IM KLINIKUM

VON VERA DOST

Interview mit Gabriela Schwan, Mitarbeiterin der *Diagnostik GmbH* über den Arbeitskampf im Klinikum für gleiche Entlohnung aller Mitarbeiter*innen.

„Beim heftigen Niesen werden Zehntausende winziger Tröpfchen mit hoher Geschwindigkeit im Raum versprüht, wie diese Gegenlichtaufnahme deutlich zeigt. Oft schweben die kleinsten Tröpfchen und darin enthaltene Mikroben noch Stunden später in der Luft.“

VERA DOST

Wie war der Weg in den Arbeitskampf für die Belegschaft in der Diagnostik?

GABRIELA SCHWAN

Also, der Anfang war die Gründung der *Diagnostik GmbH* im September 2013. Wir verhandelten einen Überleitungsvertrag, der im Dezember 2013 in Kraft trat. Dann begannen im Januar 2014 die Verhandlungen zum Haustarifvertrag. Zwölf Termine waren dafür angesetzt. Wir wollten für alle den Haustarif des Klinikums, doch das wurde als nicht verhandelbar sofort abgeblockt. Da wurden Fachbegriffe diskutiert, die rechtlich eigentlich klar definiert sind; Tabellen wurden herumgereicht und wir aufgefordert, selber Tabellen und Statistiken zu bestimmten Bereichen auszuarbeiten. Als wir das getan hatten, wurden die vom Tisch gefegt und nicht ernst genommen… Es ging schon wenig erfreulich los.

Heißt das, Sie und Ihre Kolleg*innen waren seither aus der Gestaltung des Vertrages ausgeschlossen?

Nein, aber es lief trotzdem in die falsche Richtung. Aus dem Mantelvertrag sollte alles gestrichen werden, was die Arbeit in einem solchen Labor erträglich macht – Schichtzuschläge und Urlaubsansprüche für Schichtarbeit sollten nämlich wegfallen.

Wurde mit Entlassung gedroht?

Ja. Das war eigentlich nichts Neues, denn seit der Wende wurden wir immer wieder eingeschüchtert. Unsere Abschlüsse sollten nicht anerkannt werden und wir könnten froh sein, überhaupt übernommen worden zu sein… und dass die ganze Klinik vielleicht verkauft wird usw. Das zog auch bei uns, denn damals sahen wir ja überall, wie mit Abschlüssen aus der DDR umgegangen wurde. Auch, wenn es fachlich nicht stimmte. Unsere Ausbildung war ja nicht schlechter. Trotzdem haben viele die Drohungen lieber ernst genommen. Wir hatten ja alle kleine Kinder und „Arbeitslosigkeit“ nur zu hören, hat gereicht.

Wie haben Sie die Entwicklungen um den Mantelvertrag begleitet?

Nachdem nach zwölf Verhandlungsterminen immer noch auf Zeit gespielt wurde, traten wir im August das erste Mal in einen Warnstreik.

Da war also die Zeit für einen Stilwechsel gekommen.

Schon. Aber ernst genommen wurden wir nicht. Im Klinikum wurden wir belächelt. Die vier Stunden reichten lediglich aus, zwei Operationen zu verschieben. Da wurde natürlich nicht gemerkt, wie wichtig unsere Analysen für den gesamten Betrieb sind. Aber abends an diesem Tag rief Herr **Boede** bei unserem Verhandlungsführer von *ver.di*, Herrn **Litschke**, an, und erkundigte sich, wie er helfen könnte. Das Ergebnis war der Antrag *Gleicher Lohn für gleiche Arbeit*. Und uns hat es ermutigt, dass jemand von uns Kenntnis nimmt.

Was passierte dann?

Wir beschlossen, nun ohne Gewerkschaft zu handeln. Also nicht komplett ohne Gewerkschaft, aber autonom. Wir machten uns auf die Füße. Ich sprach mit **Jana Schulze** und der Linken darüber, dass sich nichts bewegt und wir das Nachsehen haben. Frau **Schulze**

ist ja immerhin seit vielen Jahren Sozialausschussleiterin. Da kennt sie die Materie und ich dachte, sie könnte uns helfen. Sie versprach, mit *ver.di* und dem Aufsichtsrat zu sprechen. Tat sie wohl auch. Die Botschaft war dann: Seid froh, dass es nicht noch schlimmer gekommen ist und ihr nicht ausgelagert werdet. Also das Labor nicht verkauft wird. Mir schien, dass von uns Dankbarkeit erwartet wird, statt Unterstützung dafür zu bekommen, dass wir vernünftig von unserer Arbeit leben können.

War dies der Zeitpunkt, als Ihnen klar wurde, dass Sie nichts zu verlieren haben?

Ja, das kann man so sagen. Besonders wir Älteren. Früher haben wir uns einschüchtern lassen, weil wir ja noch Kinder hatten. Die sind nun erwachsen und sorgen für sich selbst. Da dachten wir: „Jetzt können wir auch streiken".

Hat es Spaß gemacht?

Und wie! Das wollte ich schon immer mal machen. Es war einfach befreiend zu zeigen, dass wir uns das nicht mehr bieten lassen. Besonders schön war die Unterstützung unserer Kinder. Die haben sich wirklich gefreut, dass ihre Mütter aus der Reihe tanzen.

Wie ist die Stimmung jetzt?

Nachdem wir mit Hilfe der Fraktion DIE aNDERE beim Hauptausschuss unser Problem persönlich dargelegt hatten, wurde ja erst einmal der Geschäftsführer Herr **Teuteberg** entlassen. Ich denke, es fehlte ihm an Kompetenz, um so ein neues Unternehmen leiten zu können. Und dann seine politische Vergangenheit, in der er sich auch für gleichen Lohn für gleiche Arbeit aussprach, das wurde ihm zum Verhängnis. Dann gingen die Einzelgespräche mit den Mitarbeiter*innen los. Ihnen wurden hinter verschlossener Tür Gehaltsvorschläge gemacht, ohne davor oder danach mit der Tarifkommission darüber zu sprechen. Ergebnis: Angst schüren und Belegschaft spalten. Dann kamen erste Gespräche zwischen dem neuen Geschäftsführer Herrn **Grebner** und der Tarifkommission. Die Drohgebärden im Klinikum setzten wieder ein. Herr **Grebner** sagte uns, wir können gerne mit den Politiker*innen reden, aber er würde auch mit ihnen sprechen und bis jetzt hätte er immer alles erreicht, was er gerne wollte. Natürlich sagte man uns auch, dass man Kolleg*innen nach Forst schicken würde oder Bad Belzig. Nachdem im Dezember der Vertrag zwischen Labor Berlin und uns geschlossen wurde, steht auch unsere Laborleitung unter Druck und wir wurden um Vorsicht beim Verhandeln gebeten.

Wird es einen neuen Streik geben?

Im Moment eher nicht. So, wie es für mich aussieht, sind die Leute im Haus einfach zu sehr mit ihrem harten Alltag beschäftigt. Es ist schon erstaunlich, wie viel Mut man braucht, um sich nicht unterbuttern zu lassen. Leider hat man den meisten zu viel Angst gemacht und das Vertrauen in die SVV ist auch nicht gestiegen.

Vielen Dank für das Gespräch und viel Kraft für weitere Auseinandersetzungen!

VD

STÄDTISCHE BETRIEBE

REVIVAL DER ZENTRALISIERUNGSIDEE

VON ANNEGRET PANNIER

Expansion und Rationalisierung im städtischen Klinikum, Spezialfall Geburtenstation. Was viele Familien im Potsdamer Umland jüngst schockierte, fügt sich bei näherer Betrachtung gut in die Historie des deutschen Gesundheitswesens ein. Ende Januar verkündeten Gesundheitsministerin Diana Golze, Landrat Wolfgang Blasig sowie Steffen Grebner, Geschäftsführer des *Ernst-von-Bergmann-Klinikums Potsdam*, offiziell das Ende der seit 1962 bestehenden geburtshilflichen Station in Bad Belzig. Seit 2013 gehört auch das Belziger Haus zur *Klinikum Ernst von Bergmann gemeinnützige GmbH* (KEvB).

Diana Golze erklärte in der Pressemitteilung der KEvB: „Die Sicherheit für Mutter und Kind steht an erster Stelle. Dies ist unter den Rahmenbedingungen der Geburtshilfe in Bad Belzig ab dem 1. April 2015 nicht mehr gegeben. Deshalb hat die *Klinik Ernst von Bergmann* Bad Belzig ihren Versorgungsauftrag jetzt zurückgegeben.“ **Michael Radke**, Chefarzt der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin im *Klinikum Ernst von Bergmann*, ergänzte: „Die qualitativ hochwertige und sichere Versorgung von Mutter und Kind hat Vorrang.“ Die Bevölkerung in Bad Belzig habe ebenfalls das Recht auf den Anschluss an eine medizinische Versorgung auf dem Standard von 2015 und dieser sei an den Alternativ-Kliniken rund um die Uhr gewährleistet.

Ausgespart wird dabei, dass wegen des Grundrechts auf freie Wahl des Geburtsortes (Sozialgesetzbuch 5 § 24f) bereits zuvor jede Frau aus dem Raum Belzig auf Wunsch in einem Perinatalzentrum wie Potsdam entbinden durfte, jedoch immer mehr Frauen landesweit zugunsten von Geborgenheit und Ortsnähe auf die Anwesenheit hochspezifischer Technik verzichten.

Von Sicherheit und Planbarkeit zu sprechen kommt in der heutigen Gesellschaft gut an. Der optimierte Mensch liegt im Trend, Abwarten und Gottvertrauen sind weitgehend out. Die Mutterschutzzeit als Event zu verkaufen, mag tatsächlich zielgruppen- und zeitspezifisch sein. Mit dem Shuttle zum „Boarding-Appartement“ fahren und in der teuren Hand von Spezialist*innen entbinden, das klingt nach VIP und spricht so manche Frau aus dem Raum Bad Belzig vielleicht sogar an. Alle weiteren muss es notgedrungen ansprechen, wenn es nach dem Willen einiger Politiker*innen und Manager geht.

So wie nämlich das Lachgas als Analgetikum seit wenigen Jahren wieder in Mode ist, obschon es zuvor als veraltete Maßnahme einer vorindividuellen technikverliebten Zeit galt, so sind seit einiger Zeit auch Argumente wieder zu hören, die direkt aus den 1960ern stammen könnten.

Damals entwickelte sich die „Ökonomie des Gesundheitswesens“ in der DDR als neuer Wissenschaftszweig.[1] Wirtschafts- und Sozialpolitiker*innen waren sich binnen kurzer Zeit einig, dass es nicht möglich sei, den allgemeinen Gesundheitsstand zu heben, indem man einfach die Ausgaben für das Gesundheitswesen erhöht. Die Mittel müssten vielmehr gezielt dort eingesetzt werden, wo sie den höchsten gesundheitlichen und damit volkswirtschaftlichen Nutzen erbringen.[2] In diesem Sinne sank seit 1965 durch medizinische Fortschritte und verbesserte Arbeitsorganisation die Verweildauer je Patient*in ohne dass die Anzahl stationärer Behandlungsfälle gesunken wäre.[3] Gemäß der langfristigen Planung bis 1990 des Forschungsprojektes „Perinatologie“ (Berlin, Oktober 1973) sollte die Zahl der geburtshilflichen Einrichtungen mit weniger als 30 Betten bzw. 1000 Geburten pro Jahr reduziert werden. Die Forschungsgruppe hielt Einrichtungen mit mehr als 80 Betten und „allen Möglichkeiten der modernen Perinatologie“ für optimal, erwartete aber Widerstände der Bevölkerung wegen der langen Transportwege der Kreißenden und bei der Aufgabe kleinerer Einrichtungen. Um künftig alle Schwangeren zum passenden Zeitpunkt in die zentrale Klinik bringen zu können, sollte Grundlagenforschung zur Regulation der Schwangerschaftsdauer und zur Steuerung der Wehentätigkeit betrieben werden.[4]

Dieses Wissen haben Kliniken mittlerweile. Liegt die Patientin erst einmal im Boardinghaus der Klinik, könnte es sich rentieren, ihre Verweildauer zu verkürzen.

Person oder Objekt?

1972 schrieb Professor **Kraatz**, der Herausgeber des „Lehrbuchs für Geburtshilfe“, in der Zeitschrift *form und zweck* des Amtes für industrielle Formgestaltung beim *Ministerrat der DDR*, dass in den geburtshilflichen Abteilungen der DDR Ausgestaltungen zu treffen seien, die den Patientinnen nicht das Gefühl geben, „nun alle persönlichen Eigenheiten und Wünsche aufgeben zu müssen und sich nur noch als Objekt ärztlicher Diagnostik und Therapie, vielleicht sogar ihrer heute angestrebten perfektionierten Technik zu fühlen.“[5]

Leider lässt sich auch heute noch oft der Eindruck gewinnen, dass Patient*innen bloße Objekte zur Planerfüllung und Prestigebildung sind. Ging es früher um das Prestige des sozialistischen Staates, so geht es heute um Unternehmen und Städte.

Im Land Brandenburg werden seit dem Jahr 2000 jährlich zwischen 14.000 und 15.000 Kinder geboren, davon zwischen 150 bis 350 geplant außerklinisch. Während die Zahl der Geburtshäuser leicht stieg, gab es von 34 Krankenhausstandorten mit geburtshilflichen Angeboten im Jahr 2002 bereits 2013 nur noch 26. Die Gründe dafür sind der Zweite und Dritte Krankenhausplan von 2003 und 2008, in denen eine Leistungskonzentration nach „wirtschaftlichen und medizinischen Gesichtspunkten“ verordnet wird. Der Plan sieht zudem vor, Risikoschwangere möglichst in Perinatalzentren unterzubringen. Für alle anderen sei Wohnortnähe anzustreben. Bedingt vor allem durch immer höhere Lebensalter der Gebärenden steigt jedoch die Zahl der sogenannten Risikoschwangeren. Es passt ins Bild, dass die Kaiserschnittrate von 19 Prozent im Jahr 2002 auf 29 Prozent im Jahr 2011 stieg.[6]

Es stellt sich die Frage, inwieweit sich „immer mehr Frauen“ freiwillig entschließen, „ihre Kinder in der Sicherheit von Perinatalzentren zur Welt zu bringen“, wie die Pressemitteilung der KEvB behauptet. Gynäkolog*innen und Gesellschaft wirken oft im Sinne der Klinikzentralisierung auf die Schwangeren ein. Hier spielen verschiedene soziologische und psychologische Mechanismen eine Rolle. Und doch ging der Plan von Landesregierung und so manchem leitenden Klinikpersonal nicht ganz auf. Ärzte, Ärztinnen und Familien im Landkreis Potsdam-Mittelmark nehmen es nicht klaglos hin, dass ihre Geburtsklinik geschlossen werden soll und Gebärende künftig nach Potsdam (60 km), Brandenburg/Havel (39 km) oder Lutherstadt Wittenberg (42 km) transportiert werden sollen.

1 Vgl.: Ruban, Maria Elisabeth: Gesundheitswesen in der DDR – Berlin, 1981 S.103
2 Ebd. S.107
3 Ebd. S.28f.
4 Syllm-Rapoport und Gmyrek: Zur langfristigen Planung bis 1990 des Forschungsprojektes „Perinatologie“, Berlin, Okt. 1973. In: BArch, DQ109/132
5 In: BArch, DQ109/103
6 Drucksache 5/7254 Landtag Brandenburg (Antwort auf Große Anfrage der GRÜNEN)

Petition, Demonstration und überregionale Zusammenarbeiten gingen der Sitzung des Stadtparlaments Anfang März voraus, in der unser Antrag zum Erhalt der Geburtsstation Bad Belzig angenommen wurde. Zuvor hatte der *Kreistag Potsdam-Mittelmark* in seiner Sitzung einstimmig den Willen zum Erhalt der Geburtenstation erklärt. Das *Bergmann-Klinikum* verteidigte daraufhin seine Pläne erneut. Man erklärte, dass die Geburtenzahlen in Bad Belzig seit Jahren sänken und sich weder Ärzte noch Hebammen trotz bundesweiter Suche fänden.[7]

Durch Vermittlung von *Geburt e.V.* und der Expertenrunde zum Erhalt der Belziger Geburtsstation konnten Anfang bis Mitte März zwei interessierte Gynäkologen und ein Neonatologe gefunden werden. Der KEvB-Geschäftsführer, der bereits vor der Beschlussfassung in der Expertenrunde äußerte, dass ihm gleichgültig sei, wie die *Stadtverordnetenversammlung* entscheide, lehnte die Unterzeichnung des Placementvertrags mit der Personalagentur ab. Man wolle, so **Grebner**, aus Qualitätsgründen nicht mehr auf wechselnde Honorarärzte zurückgreifen.

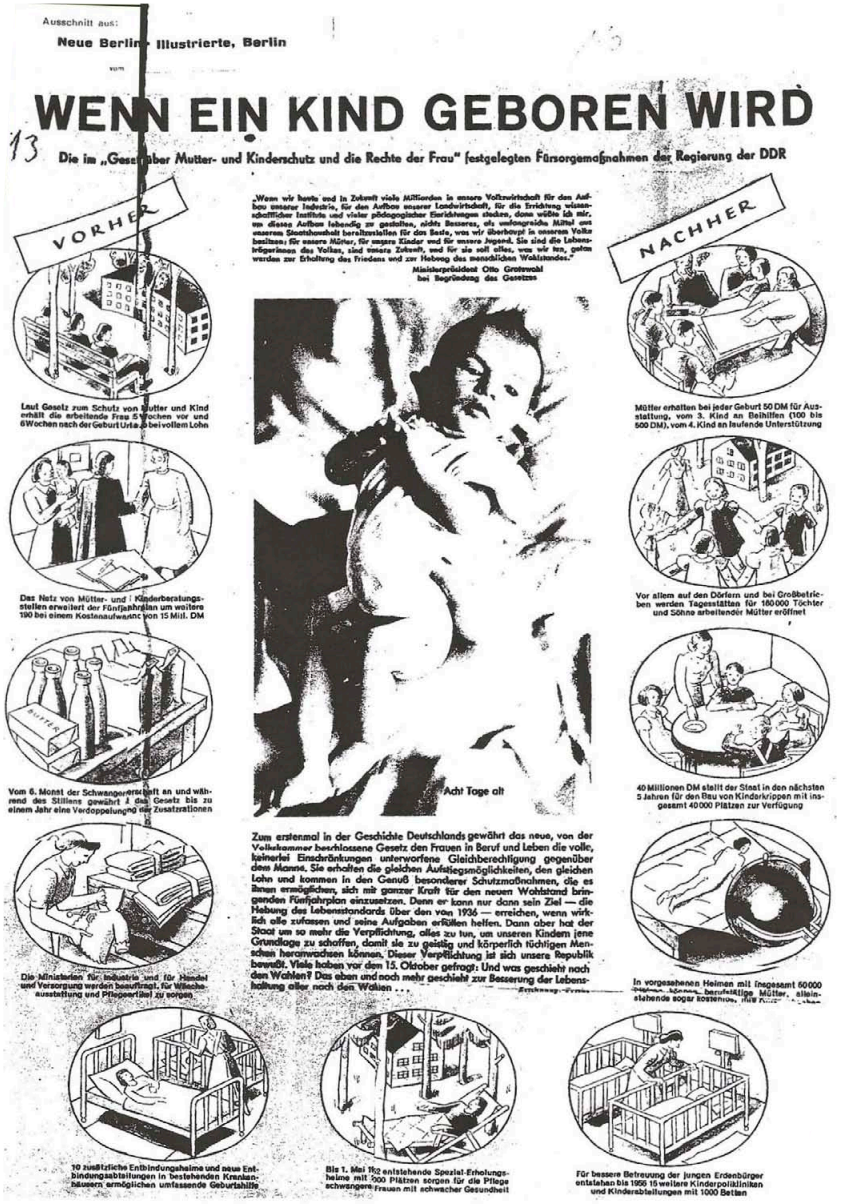
Zweifel daran, dass Klinik-Chef **Grebner** ein Interesse am Erhalt der Geburtsstation hat, kamen im Zuge der Personalsuche nicht nur dem bundesweit tätigen *Verein zur Förderung der selbstbestimmten Geburt (Geburt e.V.)*, sondern auch der Belziger Bürgermeisterin **Hannelore Klabunde-Quast**.[8]

Nach den Qualitätsansprüchen **Grebners** müssten in Belzig nicht nur Hebammen/Entbindungspfleger, sondern auch drei in der Geburtshilfe versierte Kinderärzt*innen sowie fünf Gynäkolog*innen in Festanstellung zur Verfügung stehen. Kritiker, wie der in Bad Belzig niedergelassene Kinderarzt **Burkhard Kroll**, bezweifeln, dass dieser hohe Maßstab nötig ist, da selbst in geburtenstarken Jahren keine fünf Frauenärzte in der Geburtshilfe-Abteilung tätig gewesen seien.[9] Signale der Unterstützung des in Potsdam und Potsdam-Mittelmark formulierten politischen Wunsches für den Erhalt der Station seien von Geschäftsführer **Steffen Grebner** in der Expertenrunde bislang nicht zu vernehmen gewesen.[10]

Die Belziger Fachärzte wollten versuchen, eine Weiterführung der Station durch das Krankenhaus in Brandenburg/Havel zu erreichen. Deren Chefarzt Dr. **Lewdon** begann, ein Konzept zu schreiben.[11] **Grebner** von der Potsdamer Klinik bestand jedoch bisher darauf, eine gynäkologische Abteilung ohne Geburtshilfe in Bad Belzig in seinem Portfolio zu behalten und verweigerte die Mitteilung für die Planung nötiger Zahlen.

Folgerichtig erklärte KEvB-Chefarzt **Radke** dem Potsdamer Hauptausschuss am 25.03., dass politische Beschlüsse irrelevant seien, da – entlang des selbst gesetzt hohen Maßstabes – Fachkräfte für Bad Belzig fehlten und aus Potsdam entsandte in Belzig nicht ausgelastet wären. Man suche zwar weiterhin nach Fachkräften, jedoch nur noch bis zum 15. Juni – und übrigens prüfe das *Landesgesundheitsministerium* bereits seit zehn Jahren die Schließung der Belziger Geburtsstation.

AP


Ausschnitt aus:
Neue Berliner Illustrierte, Berlin

WENN EIN KIND GEBOREN WIRD

13

Die im „Gesetz über Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau" festgelegten Fürsorgemaßnahmen der Regierung der DDR

VORHER

NACHHER

„Wenn wir heute und in Zukunft viele Milliarden in unsere Volkswirtschaft für den Aufbau unserer Industrie, für den Aufbau unserer Landwirtschaft, für die Errichtung wissenschaftlicher Institute und vieler prächtiger Einrichtungen stecken, dann wächst ja mit, wo diese Aufbau lebendig zu gestalten, nichts Besseres, als unfruchtbare Mittel aus unserem Staatshaushalt bereitzustellen für das Beste, was wir überhaupt in unserem Volke besitzen: für unsere Mütter, für unsere Kinder und für unsere Jugend. Sie sind die Lebensträgerinnen des Volkes, sind unsere Zukunft, und für sie soll alles, was wir tun, getan werden zur Erhaltung des Friedens und zur Hebung des menschlichen Wohlstandes."

Ministerpräsident Otto Grotewohl bei Begründung des Gesetzes

Laut Gesetz zum Schutz von Mutter und Kind erhält die arbeitende Frau 5 Wochen vor und 6 Wochen nach der Geburt Urlaub bei vollem Lohn

Mütter erhalten bei jeder Geburt 50 DM für Ausstattung, vom 3. Kind an Beihilfen (100 bis 500 DM), vom 4. Kind an laufende Unterstützung

Das Netz von Mütter- und Kinderberatungsstellen erweitert der Fünfjahrplan um weitere 190 bei einem Kostenaufwand von 15 Mill. DM

Vor allem auf den Dörfern und bei Großbetrieben werden Tagesstätten für 180 000 Töchter und Söhne arbeitender Mütter eröffnet

Vom 6. Monat der Schwangerschaft an und während des Stillens gewährt 1 das Gesetz bis zu einem Jahr eine Verdoppelung der Zusatzrationen

Acht Tage alt

40 Millionen DM stellt der Staat in den nächsten 5 Jahren für den Bau von Kinderkrippen mit insgesamt 40 000 Plätzen zur Verfügung

Zum erstenmal in der Geschichte Deutschlands gewährt das neue, von der Volkskammer beschlossene Gesetz den Frauen in Beruf und Leben die volle, keinerlei Einschränkungen unterworfene Gleichberechtigung gegenüber dem Mann. Sie erhalten die gleichen Aufstiegsmöglichkeiten, den gleichen Lohn und kommen in den Genuß besonderer Schutzmaßnahmen, die es ihnen ermöglichen, sich mit ganzer Kraft für den neuen Wohlstand bringenden Fünfjahrplan einzusetzen. Dann er kann nur dann sein Ziel — die Hebung des Lebensstandards über den von 1936 — erreichen, wenn wirklich alle zufassen und seine Aufgaben erfüllen helfen. Dann aber hat der Staat um so mehr die Verpflichtung, alles zu tun, um unseren Kindern jene Grundlage zu schaffen, damit sie zu geistig und körperlich tüchtigen Menschen heranwachsen können. Dieser Verpflichtung ist sich unsere Republik bewußt. Viele haben vor dem 15. Oktober gefragt: Und was geschieht nach den Wahlen? Das eben und noch mehr geschieht zur Besserung der Lebenshaltung aller nach den Wahlen . . .

Die Ministerien für Industrie und für Handel und Versorgung werden beauftragt, für Wäscheausstattung und Pflegeartikel zu sorgen.

In vorgesehenen Heimen mit insgesamt 60000 [illegible] berufstätige Mütter, alleinstehende sogar kostenlos.

10 zusätzliche Entbindungsheime und neue Entbindungsabteilungen in bestehenden Krankenhäusern ermöglichen umfassende Geburtshilfe

Bis 1. Mai 1952 entstehende Spezial-Erholungsheime mit 2000 Plätzen sorgen für die Pflege schwangerer Frauen mit schwacher Gesundheit

Für bessere Betreuung der jungen Erdenbürger entstehen bis 1955 15 weitere Kinderpoliklinken und Kinderabteilungen mit 1000 Betten

---

7 Potsdamer Neueste Nachrichten vom 05.03.2015 (http://www.pnn.de/pm/944191/)
8 Potsdamer Neueste Nachrichten vom 11.03.2105 (http://www.pnn.de/pm/946008/)
9 Märkische Allgemeine vom 15.03.2015 (http://www.maz-online.de/Lokales/Potsdam-Mittelmark/Wieder-Hoffnung-fuer-Entbindungsstation)
10 Märkische Allgemeine vom 11.03.2015 (http://www.maz-online.de/Lokales/Potsdam-Mittelmark/Expertenrunde-ohne-Ergebnis)
11 Potsdamer Neueste Nachrichten vom 18.03.2015 (http://www.pnn.de/pm/948321/)

STÄDTISCHE BETRIEBE

aNDERE AUFSICHTSRÄTE

VON BEATE NETZLER

Aufsichtsratsmitglieder DIE aNDERE

Energie und Wasser Potsdam GmbH	**Katja Zschipke**
ProPotsdam GmbH	**Arndt Sändig**
Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH	**Ute Grimm**
Luftschiffhafen Potsdam GmbH	**Sandro Szilleweit**
Entwicklungsträger Potsdam GmbH	**Dr. Nicolas Bauer**

Aufsichtsratsmitglied Sandro Szilleweit (links im Bild):
Neue Perspektiven entdecken

DIE aNDERE ist seit ihrem Bestehen für die Re-Kommunalisierung städtischer Betriebe eingetreten. Wir lehnen die Privatisierung der Daseinsvorsorge ab und setzen uns dafür ein, dass originär kommunale Aufgaben entweder durch die Kernverwaltung oder städtische Eigenbetriebe erfüllt werden. Nur so ist ein Mindestmaß an öffentlicher Kontrolle und Transparenz gewährleistet. Leider fehlen derzeit die politischen Mehrheiten für unsere Position. Die Rathauskoalition aus CDU, SPD, Grünen und **Peter Schultheiß** führt städtische Betriebe gern als GmbH. Schließlich werden die Beschäftigten der kommunalen GmbH unterhalb des öffentlichen Tarifes bezahlt und tragen kräftig dazu bei, die Sonderwünsche der Rathauskooperation in der Potsdamer Mitte zu finanzieren. Außerdem kann der Oberbürgermeister Anfragen und Akteneinsichtsanträge kritischer Stadtverordneter besser abwimmeln, wenn es um die Belange einer GmbH geht.

Durch das gute Wahlergebnis ist es nun zumindest schwieriger geworden, DIE aNDERE aus den Aufsichtsräten der städtischen Betriebe fernzuhalten. Wenn die SVV für ein Gremium mindestens acht Mitglieder entsenden darf, hat unsere Fraktion einen Rechtsanspruch auf einen der Sitze. Bei Gremien mit fünf bis sieben Mitgliedern entscheidet das Los, ob die Fraktion DIE aNDERE oder die Fraktion Bürgerbündnis-FDP einen Sitz erhält.

Nach Erledigung aller Formalitäten sitzen nun in den wichtigen Aufsichtsräten der EWP, der *ProPotsdam* und des *Klinikums Ernst von Bergmann* Vertreter*innen unserer Fraktion. Außerdem haben wir jetzt Aufsichtsratssitze in der *Luftschiffhafen Potsdam GmbH* und dem für den Bau eines neuen Stadtteils in Krampnitz zuständigen Entwicklungsträger Potsdam.

Unsere Vertreter*innen werden sich konsequent dafür einsetzen, dass die städtischen Betriebe transparenter werden und nicht länger einen Schattenhaushalt ohne kritische Kontrolle betreiben. Wir werden nun auch in den Aufsichtsräten einfordern, dass die Tarifflucht beendet wird und städtische Beschäftigte fair bezahlt werden.

Die medizinische Versorgung muss den Vorrang vor der Expansion des Potsdamer Klinikums im ganzen Land haben. Preiswerter Wohnraum ist uns wichtiger als eine Gewinnmaximierung der städtischen Wohnungsgesellschaft oder die Subventionierung des Rückbaus der Innenstadt in die Barockzeit.

Natürlich werden wir auch in den Aufsichtsräten einen anderen Politikstil pflegen:
Aufsichtsratsmitglieder der aNDEREN spenden Sitzungsgelder oberhalb einer Grenze von 100 Euro an die Wählergruppe, die damit politische Projekte finanziert.

Bereits ab April 2015 führen wir regelmäßige Sprechstunden mit Aufsichtsratsmitgliedern durch. Wer Probleme mit einem der städtischen Unternehmen hat, ist herzlich eingeladen. Die Termine werden regelmäßig auf unserer Homepage veröffentlicht und auch der Lokalpresse bekannt gegeben.

BN

EINDÖPFNERN ALS ERFOLGSMODELL

VON LUTZ BOEDE

An einem Mittwoch im September 2014 klingelte mein Handy. Eine aufgeregte Stimme berichtete, dass am Pfingstberg gerade ein Maschendrahtzaun um die Grünfläche an der Villa Henckel gezogen wird. Bei dieser Gelegenheit lernte ich auch, dass Mathias Döpfner der Vorstandsvorsitzende des *Axel-Springer-Konzerns* ist. Ahnungslos hatte ich Schlagzeilen wie „Macht Harry Potter schwul?“, „Litti, Wutti, Klinsi – Bumm, bumm, bumm“ und „Christine Kaufmann: Der Hund hat meine Ehe zerstört“ bis dahin nur mit BILD-Chefredakteur Kai Diekmann in Verbindung gebracht.

In den nächsten Tagen häuften sich Mails und Anrufe von Anwohner*innen, die plötzlich die verwaldete Grünfläche nicht mehr zum Spaziergang nutzen konnten. Online-Petitionen, Kundgebungen und Leserbriefe folgten. Der neu gezogene Zaun selbst wurde zu einem Symbol für die fortschreitende Privatisierung öffentlicher Räume in Potsdam, ebenso wie die Proteste gegen den Zaun und der Umgang mit ihnen.

Täglich wurden am Zaun neue Botschaften angebracht und wieder abgerissen. Einige Zettel schafften es auf Fotos in soziale Netzwerke oder die lokale Presse und gaben den Fragen „Wem gehört die Stadt?“ und „Braucht Herr **Döpfner** wirklich so viel Auslauf?“ oder dem Gleichnis „Niemand hat die Absicht eine Mauer zu errichten“ einen Platz in den Archiven.

Am 30. September war es endlich soweit: Die *Potsdamer Neuesten Nachrichten* präsentierten **Mathias Döpfner** im Interview. So erfuhr die Öffentlichkeit endlich, dass es bei der Zugänglichkeit der öffentlichen Grünanlage „in Wahrheit um Partikular-Interessen sehr weniger sehr wohlhabender Nachbarn“ ginge. **Döpfner** schlug den Nachbarn auch gleich vor, ihre Zäune abzureißen, damit bei Spaziergängen Abkürzungen durch ihre Gärten möglich sind. Die PNN zeigten Verständnis für die Verstimmung des großen Mäzens.

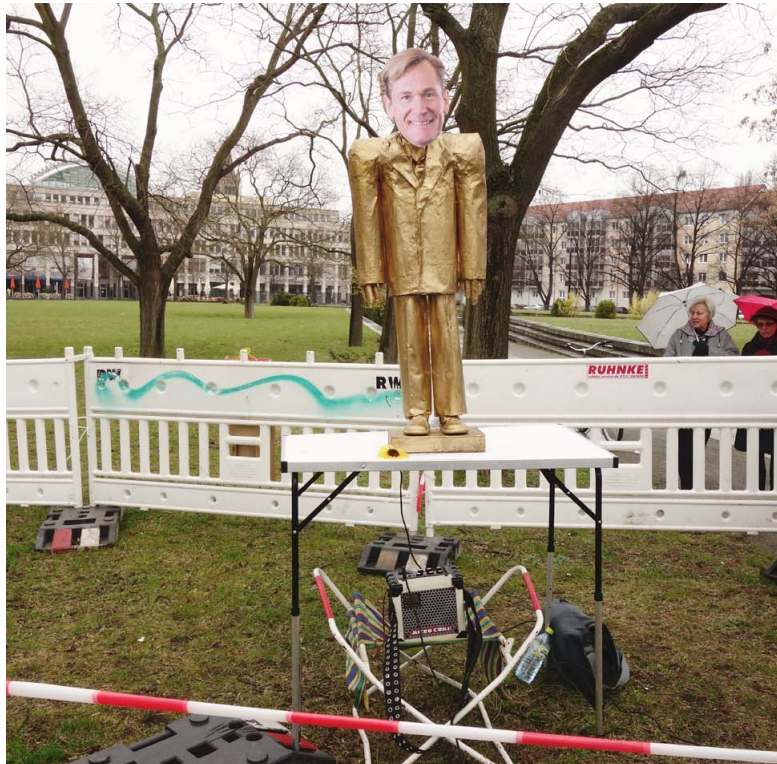
Bereits diese Zeitungsausgabe enthielt alle Zutaten für die Idee des *Eindöpfnerns*: Die Emanzipation von geltenden Rechtsvorschriften. Die Gleichsetzung einer öffentlichen Grünfläche mit dem eigenen Garten. Die Bereitschaft, sich trotz der Entgegennahme millionenschwerer Nutzungsrechte als Mäzen feiern zu lassen.

Seitdem ist mehr als ein halbes Jahr vergangen. Inzwischen ist bekannt, dass die Schlösserstiftung und **Mathias Döpfner** sich darauf verständigten, dass der Mäzen die 60.000 qm Parkanlage nebst Villa Schlieffen saniert und dafür ein exklusives Nutzungsrecht über 40 Jahre erhält. Der öffentliche Zutritt soll begrenzt werden. Natürlich gab es weitere Proteste. Einige Menschen beschwerten sich sogar ernsthaft darüber, dass der Vertrag geschlossen wurde, ohne dass die Leistung öffentlich ausgeschrieben wurde.

Unvermeidlicherweise kündigte der Oberbürgermeister einen Workshop der *Schlösserstiftung* zur Lösung des Problems an, sicherte die Einbeziehung der *Bürgerinitiative Offener Pfingstberg* (BIOP) zu und hat diese Zusage bislang nicht eingehalten.

Auch bei den Treffen der Wählergruppe DIE aNDERE befürchteten einige ängstliche Gemüter zunächst, dass der Oberbürgermeister schließlich doch die öffentliche Zugänglichkeit der Grünfläche durchsetzen und den Zaun am Pfingstberg beseitigen lassen würde. Andere erinnerten daran, dass in Potsdam traditionell Vermögen, Parteibuch und sozialer Status bei der Auslegung und Handhabung von Rechtsnormen eine wichtige Rolle spielen. Letztlich entschieden wir uns dafür, es einfach selbst auszuprobieren. Warum nicht einfach eine Fläche einfrieden und den Oberbürgermeister dem Elchtest unterziehen? Der Name für die öffentliche Landnahme war schnell gefunden. Was lag näher, als das Vorhaben nach dem Ideengeber als *Eindöpfnern* zu bezeichnen?

Problematischer war schon die Wahl der Fläche. Daher veröffentlichten wir in der Januar-Ausgabe unserer Zeitschrift DIE aNDERE und auf unserer Internetseite einen Aufruf, geeignete Flächen zum *Eindöpfnern* vorzuschlagen. Innerhalb kurzer Zeit erreichten uns vierzehn Vorschläge. Die Jury war wirklich nicht zu beneiden. Letztlich fiel die Entscheidung zwischen dem Blumenbeet vor dem Stadthaus, einer Fläche am Platz der Einheit und dem Grunewald. Wahrscheinlich gab eine Mischung aus Lokalpatriotismus und Pragmatismus den Ausschlag zugunsten des Standortes am Platz der Einheit.



▲ ***Eindöpfnern*** **des Areals / 06.03.2015**
► **Tag der Offenen Tür und Einweihung des Döpfner-Denkmals / 29.03.2015**

Am 06. März war es dann soweit. Nach der Anlieferung der bestellten Baustelleneinrichtung wurde öffentlich *eingedöpfnert* und abgesperrt. Selbstverständlich verkündeten wir transparent, dass wir uns nun um die Fläche kümmern und sie exklusiv nutzen. Da uns der Austausch mit der Bevölkerung ebenso wichtig ist wie unserem Oberbürgermeister, wurde auch ein kleiner Eimer für den Bürgerdialog angebracht. Die Fläche war in Besitz genommen.

In den nächsten Wochen warteten wir gespannt, wie der Oberbürgermeister auf unsere Landnahme reagieren würde. Täglich leerten wir nervös unsere Briefkästen, prüften die Lokalpresse auf versteckte Hinweise oder versuchten etwas aus dem Blick des Oberbürgermeisters herauszulesen, wenn er uns in den Gängen des Stadthauses begegnete. Aber alle Befürchtungen bewahrheiteten sich nicht. Die Stadtverwaltung hat uns bislang wirklich keinerlei Schwierigkeiten gemacht und in irgendeiner Form auf der Durchsetzung bestehender Rechtsvorschriften bestanden.

Das *Döpfner-Prinzip* hat also den Praxistest bestanden. Wir können es nun guten Gewissens allen Bürger*innen weiterempfehlen, die gern ein Grundstück kostengünstig nutzen möchten und dafür noch als Mäzene geehrt werden wollen. *Döpfnern* ist gerade auch für Menschen mit kleinem Geldbeutel eine echte Alternative zur sozialen Hängematte.

DIE aNDERE möchte der Gesellschaft aber natürlich auch etwas zurückgeben. Am 29. März 2014 fand daher der 1. Tag der Offenen Tür auf dem Platz der Einheit statt.

Bereits lange bevor die Absperrungen geöffnet wurden, drängten sich mehr als 50 Schaulustige an den Zäunen und versuchten, einen Blick ins Grundstücksinnere zu werfen.

Zunächst jedoch ließen wir es uns nicht nehmen, das weltweit erste Denkmal für den Ideen- und Impulsgeber der *Eindöpfnerungsbewegung* einzuweihen. In einer bewegenden Laudatio würdigte der Fraktionsvorsitzende **Carsten Linke** die Verdienste **Mathias Oliver Christian Döpfners** für die Volksaufklärung und die Demokratie. Unter donnerndem Applaus wurde die goldene Figur enthüllt.

Im Anschluss gewährten wir natürlich gern die Möglichkeit, die öffentliche Grünfläche in Kleingruppen unter sachkundiger Führung von den Wegen aus temporär zu besichtigen. Dank der umsichtigen Einweisung in die Benimmregeln und dem konsequenten Einsatz der Ordnungsgruppe konnten Schäden vermieden werden.

Auch ansonsten zeigte sich die Bevölkerung dankbar und einsichtig. Einige Bürger*innen brachten zur Feier des Tages sogar selbst gebackenen Kuchen mit. Schließlich ist es in Potsdam nicht alltäglich, dass öffentliche Grünflächen durchquert werden dürfen. Zum Abschluss des Tages konnten wir eine rundum positive Bilanz ziehen. Beim abschließenden Auswertungsgespräch waren wir uns einig: Es wird bestimmt nicht die letzte Fläche sein, die DIE aNDERE in unserer Heimatstadt Potsdam *eindöpfnert*.

LB

STADTRÄUME

BERLIN MACHT'S RICHTIG: VOLKSBEGEHREN FÜR BEZAHLBAREN WOHNRAUM

VON SIMON WOHLFAHRT

Die Mieten steigen rasant. Öffentliche Grundstücke werden für Luxusbauten privater Investoren verhökert. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften wollen ebenso wie die üblichen Immobilienhaie vom Wohnungsmarkt profitieren und machen Wohnungen unbezahlbar. Verdrängung, soziale Ghettoisierung, Zwangsräumungen, Container und Lager für Geflüchtete sind der Preis für verfehlte Wohnungspolitik über lange Jahre.

Die Wohnraumprobleme vieler Städte wie Potsdam und Berlin gleichen sich. Das Absurde: Eigentlich wissen alle, dass diese Entwicklung eine äußerst ungesunde ist, nicht nur für die einzelnen, verdrängten Menschen, sondern für das Stadtleben insgesamt. Wir brauchen uns nur kurz die explosiven Ausschreitungen in Paris und London in Erinnerung rufen, über die vor ein paar Jahren in den Medien ausführlich berichtet wurde und die einen Tiefpunkt der Verdrängungspolitik in Großstädten darstellten. Wer heute das Grundbedürfnis Wohnen dem Kapitalinteresse unterordnet, braucht sich über den sozialen Unfrieden und die kulturelle Ödnis von morgen nicht zu wundern.

BERLINER MIETEN VOLKSENTSCHEID 2016

Alle kennen das Problem, aber was ist die Lösung? Und wie lässt sich Widerstand gegen diese Entwicklung organisieren?

Ein Zusammenschluss von verschiedenen Gruppen in Berlin greift nun in den Werkzeugkasten der direkten Demokratie, um den Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt die Stirn zu bieten. Bei dem kürzlich gestarteten *Mietenvolksentscheid* sind alle Berlin*innen dazu aufgerufen, eine neue Gesetzesinitiative zu unterzeichnen – mit dem langen Namen *Gesetz über die Neuausrichtung der sozialen Wohnraumversorgung in Berlin*. Es fehlen insgesamt 120.000 bezahlbare Wohnungen in Berlin. Allein 400.000 Wohnungen, ein Viertel des Wohnungsmarktes, sind im Besitz von kommunalen Wohnungsbaugesellschaften.

ENTSCHEIDE MIT!
Infos, Hintergrund, das Gesetz uns vieles mehr auf der Webseite:
WWW.MIETENVOLKSENTSCHEIDBERLIN.DE

Mit dem umfangreichen Gesetz will die Initiative den Erhalt und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum durch folgende Maßnahmen erwirken:

Errichtung eines Wohnraumförderfonds

» Einkommensorientierte Mietpreissenkung in öffentlich geförderten Wohnungen
» Förderung von Neubau mit niedrigen Mieten
» Modernisierungsförderung für Barrierefreiheit und Energieeinsparung ohne drastische Mietsteigerung

Neuausrichtung der städtischen Wohnungsunternehmen als Anstalten öffentlichen Rechts

» Mieterfreundlich, gemeinwohlorientiert, ohne Gewinnausschüttung
» Mitbestimmung der Mieterinnen und Mieter

Neben der Ausweitung der Förderung von bezahlbaren Wohnungen will letztendlich das Gesetz die städtischen Wohnungsbaugesellschaften nicht nur mehr in die Pflicht nehmen, sondern sie demokratisieren und zu einem wirklich wirksamen wohnungspolitischen Instrument entwickeln. Denn was nützt eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft, die so agiert wie ein privates Unternehmen und teuren Wohnraum baut statt bezahlbaren Wohnraum zu erhalten und zu fördern?

Wir drücken der Berliner Initiative die Daumen und werden bei der ein oder anderen Unterschriftenaktion unterstützend dabei sein! Schließlich wollen wir, dass die Berliner*innen ein gutes Vorbild abgeben, denn auch in Potsdam gibt es eine Wohnungsbaugesellschaft, die noch auf ihre Demokratisierung und Neuausrichtung als wirksames Instrument gegen die Wohnungsnot wartet...

mehr Infos unter
www.mietenvolksentscheidberlin.de

SW

GARNISONKIRCHE

„ÜB IMMER TREU UND REDLICHKEIT“ – EIN UNHINTERFRAGTES SYMBOL

VON MAREK WINTER

Einer der zentralen Anknüpfungspunkte für das Bemühen um den Wiederaufbau der Garnisonkirche sind die sentimentalen Erinnerungen, die eine bestimmte Gruppe älterer Menschen mit dem Lied *Üb immer Treu und Redlichkeit* verbindet. Viele der Spender*innen für den Wiederaufbau erklären, dass sich für sie an diese Melodie, vom Glockenspiel der Garnisonkirche in die Gegend gebimmelt, Kindheitserinnerungen heften und dass sie deshalb zum Wiederaufbau der Garnisonkirche beitragen wollen.

Die Veranstaltung zum Thema

Die Gruppe rechtsextremer Bundeswehroffiziere, die sich in den 1980er Jahren zusammenfand, um den Wiederaufbau der Garnisonkirche voranzutreiben, errichtete als Erstes eine Kopie des Glockenspieles. Angesichts dieser Umstände fällt auf, dass es bisher keine leicht zugängliche vertiefte Auseinandersetzung mit der ideengeschichtlichen Bedeutung dieses Liedes gibt, das oft vereinfachend als Zusammenfassung *preußischer Tugenden* angesehen wird. Dies ist besonders erstaunlich, da der Hintergrund des Liedes keinesfalls harmlos ist.

Das Lied *Üb immer Treu und Redlichkeit* ist die Vertonung des Gedichtes *Der alte Landmann an seinen Sohn* von **Ludwig Christoph Heinrich Hölty**. **Hölty**, geboren 1751, stammte aus einer protestantischen Pfarrersfamilie und studierte ab 1769 in Göttingen Theologie. 1772 gründete er zusammen mit anderen jungen Männern den *Hainbund*, eine Dichtergruppe, die sich der patriotischen Dichtung verschrieb. Sich vom Rationalismus der Aufklärung abwendend, begeisterten sie sich für Natur, Empfindsamkeit, einfaches Leben und immer wieder Germanentum und Deutschland, das in ihrer Vorstellung von treuen, mutigen und gerechten Männern sowie keuschen und sittsamen Frauen bevölkert wurde. Sie kultivierten einen militanten Hass auf die Franzosen, die sie als Feinde der deutschen Nation imaginierten. Sie fanden die Feinde des Vaterlandes aber nicht nur außerhalb dessen, sondern forderten vehement die Bekämpfung innerer Gegner des Vaterlandes. Welche Gruppen das sein könnten, wird ahnbar, wenn **Hölty** z.B. im Zorn über einen Verleger erklärte: „Der bekehrte Mauschel behält immer seine Judentücke“. Aus dieser Tradition haben **Ernst Moritz Arndt** und **Theodor Körner** ihre ästhetischen und ideologischen Klischees bezogen. Der Kult der nationalistischen Hassgefühle, der die deutsche Dichtung des 19. Jahrhunderts prägen wird, nimmt hier seinen Anfang.

Ein zentrales Sujet des neuzeitlichen deutschen Antisemitismus ist der Ahasvermythos. Dieser, die Geschichte eines jüdischen Schuhmachers, der Jesus auf seinem Weg zur Kreuzigung angeblich eine Rast auf seiner Türschwelle verweigert habe, und deshalb verflucht sei, ewiglich rastlos durch die Welt zu streifen, popularisierte sich im Anschluss an die Reformation und ist eines der zentralen antisemitischen Ideologeme des deutschen Protestantismus. Der Ahasvermythos steht für eine fortdauernde, geheimnisvolle und unklare Schuld der Juden und diese wird so zu einem noch tragischeren Schicksal und einem nicht zu sühnenden Fluch, der nicht mehr mit dem zusammenhängt, was der Jude tut, sondern mit dem, was er ist, das heißt aber mit seinem Wesen und seiner Natur. Auf diese Art und Weise steht der Ahasvermythos für den Übergang vom theologischen zum rassischen Antisemitismus. Im Laufe der Zeit wird der Ahasvermythos zum Bild des rastlos umherwandernden „ewigen Juden“ radikalisiert, der wurzellos durch die Welt streift, Geld zusammenrafft und traditionelle Ordnungen unterminiert. Das erreicht im *Nationalsozialismus* einem kaum überbietbaren Höhepunkt, als der „ewige Jude“ als Kontrastfigur zum „werteschaffenden Arier“ u.a. zum Thema eines berüchtigten Propagandafilm wird.

Was hat nun *Üb immer Treu und Redlichkeit* mit dem Ahasvermythos zu tun? In **Höltys** Gedicht ermahnt der „alte Landmann“ seinen Sohn:

„Üb immer Treu und Redlichkeit
Bis an dein kühles Grab,
Und weiche keinen Finger breit
Von Gottes Wegen ab.
Dann wirst du wie auf grünen Au'n
Durch's Pilgerleben geh'n
Dann kannst du sonder Furcht und Grau´n
dem Tod ins Auge seh'n.
Dann wird die Sichel und der Pflug
In deiner Hand so leicht,
Dann singest du beim Wasserkrug,
Als wär dir Wein gereicht.“

Dem Bild ehrbarer, schaffender, agrarischer Tätigkeit wird ein Negativbild des *Bösen* gegenübergestellt:

„Dem Bösewicht wird alles schwer,
Er tue was er tu,
Ihm gönnt der Tag nicht Freude mehr,
Die Nacht ihm keine Ruh.
Der schöne Frühling lacht ihm nicht,
Ihm lacht kein Ährenfeld,
Er ist auf Lug und Trug erpicht,
Und wünscht sich nichts als Geld.
Der Wind im Hain, das Laub im Baum
Saust ihm Entsetzen zu,
Er findet, nach des Lebens Raum
Im Grabe keine Ruh.“

Glockenspiel mit Melodie *Üb immer Treu und Redlichkeit*: Polizeieinsatz nach künstlerischer Interpretation, 1996

Vieles spricht dafür, dass **Höltys** Darstellung des „Bösewichts“ von den im 18. Jahrhundert im Schwange seienden Vorstellungen vom „ewigen Juden“ inspiriert ist, dass sich **Höltys** Dichtung in eine Tradition des deutschen Nationalismus einordnet, die den Juden als im Inneren der Nation wirkenden Feind derselben halluzinierte.

Es ist auffällig, dass in dieser Stadt, in der sich geisteswissenschaftliche Einrichtungen ballen, in der die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte vorgeblich eine zentrale Rolle spielt, in der Gedenkkonzeptionen erarbeitet und Werkstattverfahren durchgeführt werden, eine wahrnehmbare vertiefte Auseinandersetzung bisher nicht vorgenommen wurde. Stattdessen wird behauptet, in der Geschichte der Garnisonkirche gebe es nur einen dunklen Fleck, den angeblichen „Missbrauch“ durch die *Nationalsozialisten*, wird unter dem Deckmäntelchen eines *Versöhnungszentrums* an einer triumphalistischen Wiederherstellung dieses Gebäudes gearbeitet, dessen Geschichte für die Kontinuitäten des deutschen Nationalismus exemplarisch steht. Für kritische Forschung und Wissenschaft ist hier noch viel zu tun.

MW

DIE KUNST, SICH NICHT ÜBER DEN RUNDEN TISCH ZIEHEN ZU LASSEN

BÜRGERINITIATIVE FÜR EIN POTSDAM OHNE GARNISONKIRCHE

Es war schon überraschend, als Jann Jakobs im Februar mal so unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ im Hauptausschuss verkündete, sich des Bürgerdialogs zwischen Garnisonkirchengegner*innen und der *Stiftung Garnisonkirche Potsdam* (SGP) anzunehmen. Nach dem trickreichen Verhindern des Bürgerentscheides zur Garnisonkirche im letzten Jahr – auch hier war OB Jann Jakobs der Hauptakteur – erwähnte die SGP in arroganter Manier, sie wolle einen „Bürgerdialog“ führen, um die Bevölkerung „aufzuklären“. Ein paar Monate später war aber klar, dass die SGP noch nicht einmal ein bisschen Interesse an „Aufklärung“ hatte – es wäre kein Geld da, um so einen Bürgerdialog zu finanzieren. Dann war es lange still. Es sollte wohl Gras darüber wachsen und weitere Diskussionen vermieden werden.

Nun soll es auf einmal gemäß des Oberbürgermeisters ganz schnell gehen: Der Bürgerdialog soll noch dieses Jahr zu einem Ergebnis führen und zudem die Umgebung der Garnisonkirche als Diskussionsgegenstand einschließen.

Hat sich nun **Jann Jakobs** vom Saulus bzw. vom Bürgerentscheidsverhinderer zum Paulus bzw. zum Dialogvermittler gewandelt? Wie können wir das Dialogangebot bewerten? Ist es ehrlich? Kann die hiesige Gegnerschaft an der Entscheidung über das „Ja“ oder „Nein“ zum Wiederaufbauprojekt mitwirken?

Bisher wurde von der Stadtverwaltung und der Garnisonkirchenstiftung alles getan, um den Eindruck eines fairen und ergebnisoffenen Dialoges zu vermeiden. Die SGP und die *Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche* (FWG) haben mehrmals bekräftigt, dass es keine Verhandlung über ihr Projekt geben wird. Sie haben die Baugenehmigung und stehen damit für einen ergebnisoffenen Prozess nicht bereit. Währenddessen sieht sich die Stadtverwaltung nicht in der Rolle, beide Parteien gleichermaßen und fair in die Vorbereitungen des Dialogs einzubeziehen. Bisher wurde kein einziges Wort mit der *Bürgerinitiative für ein Potsdam ohne Garnisonkirche* gewechselt. Die entscheidenden Rahmenbedingungen werden offensichtlich von der Stadtverwaltung, dem Unternehmen *complan* (welches schon das unsägliche Lustgartenverfahren für mehr als 500.000 Euro durchführt) und letztendlich der Garnisonkirchenstiftung durchgeführt. Die Ansage von **Jann Jakobs** – erklärter Garnisonkirchenfan – persönlich den Bürgerdialog führen bzw. moderieren zu wollen, lässt jedes Kind erkennen, dass der angebotene Bürgerdialog von vornherein nicht als faire und ergebnisoffene Bürgerbeteiligung geplant wird. Es gilt ähnliches wie im Fußball: Ein parteiischer Mitspieler kann niemals gleichzeitig der Schiedsrichter sein.

Während die Hauptakteure, die Stadtverwaltung und die SPG, sich der Fairness und Ergebnisoffenheit beim Bürgerdialog verschließen, fragen wir uns, warum sie sich dann dennoch daran beteiligen wollen. Schreiben von **Burkhart Franck** (Oberst a.D. und Vorsitzender der FWG) an die FWG-Mitglieder machen deutlich, was die Motivation der Wiederaufbaubetreiber ist:

> *„Richtig ist folgendes: Der Bürgerdialog soll geführt werden, um Irrtümer und Fehlurteile über den Wiederaufbau abzubauen. Er soll dazu führen, daß die Potsdamer Bürger sich eine sachlich begründete Meinung bilden und diese dann auch äußern. Wir hoffen, daß er auch dazu dient, Unterstellungen und Falschaussagen zu korrigieren. Weder die Stiftung Garnisonkirche Potsdam noch unsere Fördergesellschaft stellen das Vorhaben zur Disposition.“*

Klar ist damit Folgendes: Der Bürgerdialog dient nicht dazu, die Potsdamer*innen an Entscheidungen partizipieren zu lassen. Im Gegenteil wird deutlich, dass die FWG und SGP sich eine Imagekampagne wünschen, die der Oberbürgermeister gerne finanziell und ideologisch unterstützt.

Die Bürgerinitiative wird einen Umgang mit dem angedrohten Bürgermonolog finden. Eines können wir aber versprechen: Wir werden für spannende Unterhaltung während des Bürgermonologs sorgen. Denn die Wiederaufbaubetreiber werden aufpassen müssen, dass ihre Imagekampagne nicht zum Bumerang wird...

BI PoG

RECHTER RAND

„DEUTSCHLAND SCHAFFT SICH AB“ – WAS AFD, SARRAZIN UND DEUTSCHE NAZIS EINT

VON DINA BLOND

Die 2013 gegründete und seit der Kommunalwahl im Mai 2014 auch in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung vertretene Partei *Alternative für Deutschland* kommt langsam in Gang.

Echte Deutsche fahren auch Opel Corsa

Bisher verhielten sich die drei AfD-Stadtverordneten ruhig: Selten ergriffen sie das Wort, die Redebeiträge redeten dem Oberbürgermeister nach dem Mund und eigene Anträge wurden kaum gestellt. Das hat sich jetzt geändert. Seit dem Jahreswechsel stellt die AfD-Fraktion kleine Anfragen und reicht Anträge ein: Eine Anfrage bemängelt die Unterrepräsentanz von Männern im Büro für Gleichstellung und Chancengleichheit. An der Haushaltsdebatte im März beteiligte sie sich mit dem Antrag, alle Ausgaben in allen Bereichen um 0,5 Prozent zu senken.

AfD in Stadt und Land

Die *Alternative für Deutschland* (AfD) rangiert im Parteienspektrum am rechten Rand. Nicht nur, weil sie Holocaustleugner*innen eine politisch-parlamentarische Heimat bietet wie der Thüringer Landesverband, dessen Mitglied **Paul Latussek** wegen Relativierung der Shoah verurteilt wurde, sondern weil sie die Ungleichheit zwischen Menschen hervorhebt und zu verstärken sucht. Unterschiede, die es zweifelsohne zwischen verschiedenen Menschen gibt, werden als naturgegeben verstanden und ihre sozialen Wurzeln geleugnet. Daher widerstrebt der AfD jegliche Politik, die sich – wie Gleichstellungsbüros oder Gender Mainstreaming – gegen die sozialen, also vom Menschen selbst gemachten, und Ungleichheit produzierenden Bedingungen richtet.

Bekanntester Vertreter einer auf die Biologie verweisenden Differenzierungsideologie ist **Thilo Sarrazin**. Selbst nicht AfD-, sondern nach wie vor SPD-Mitglied, ist er von der AfD heftig umworben worden. Die Biologie, die bei der AfD die Gesellschaftsanalyse – also die intellektuelle Durchdringung der gesellschaftlichen, politischen Realität – ersetzt, ist unter anderem Grundlage für die eingangs erwähnte kleine Anfrage nach der Unterrepräsentanz von Männern in einem Gremium, das sich der strukturellen Benachteiligung von Frauen und Menschen mit Behinderung widmet. Die Tatsachen, dass Frauen schlechtere Karrierechancen haben, häufiger von Armut betroffen, in politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsgremien unterrepräsentiert sind und wesentlich häufiger als Männer unbezahlte Mehrarbeit leisten, werden ignoriert. Stattdessen wird die relative Abwesenheit von Männern in diesem einen Gremium – das minimale, kosmetische Korrekturen an diesen Benachteiligungen schaffen soll – als Beweis für die Diskriminierung deutscher Männer verstanden.

Dennis Hohloch, auf den die Anfrage zurückgeht, war Gründungsmitglied der *Jungen Alternative* – der Jugendorganisation der AfD – und ist seither dort Vorstandsmitglied. Bei der Gründung stand **Alexander Gauland** Pate. Die JA-Gründung verlief – gemäß der „Frauen gehören nicht in die Politik, sondern an den Herd“-Vorstellungen der Partei – in völliger Abwesenheit von Frauen. Das Bestreben, Frauen im öffentlichen Raum unsichtbar werden zu lassen, verfolgte **Hohloch** bisher auch im Kulturausschuss: Bei der Diskussion um mehr Frauennamen für Potsdamer Straßen beharrte er auf seinem Unverständnis über den Wunsch DER aNDEREN, mehr Frauennamen auf die Straßen der Stadt zu bringen. Damit wird die Potsdamer AfD-Fraktion dem Ruf ihrer Partei, eine rückwärtsgewandte Geschlechterpolitik zu betreiben, gerecht.

Der politische Gegner

Eine Partei, die sich der Verstärkung der Unterschiede zwischen den Menschen verschrieben hat, steht automatisch linken Organisationen entgegen, deren Ziel die Einebnung von durch die Gesellschaft hervorgebrachten Unterschieden und die Herstellung einer politischen, ökonomischen, juristischen und sozialen Gleichheit ist. Dem Lehramtsstudenten **Hohloch** ist die *Rote Hilfe* ein Dorn im Auge. Die *Rote Hilfe* sei extremistisch und daher nicht preiswürdig, argumentiert **Hohloch** in der kleinen Anfrage. Grund dafür sei die Erwähnung im Verfassungsschutzbericht Brandenburgs. Der brandenburgische *Verfassungsschutz* (VS) ist als Stichwortgeber für die Einschätzung, was extremistisch und daher verfassungsgefährdend ist, jedoch völlig unhaltbar. Die Verwicklungen des VS in die NSU-Mordserie sind bisher noch nicht untersucht worden, obwohl mit dem V-Mann **Carsten Szczepanski** mindestens eine vom Brandenburger LfV geführte Kontaktperson in die Geschichte des NSU verwickelt ist. Soviel zur AfD in der Stadt.

Auf Landesebene machte die AfD Wahlkampf mit Slogans wie „Einwanderung braucht klare Regeln“. Damit wird suggeriert, dass die BRD ein Land sei, das von Menschen aus anderen Ländern geradezu überrannt wird. Damit wird geleugnet, dass seit der Neuformulierung (und faktischen Abschaffung) des Rechts auf Asyl Einwanderung kaum noch möglich ist. Auf dem Höhepunkt der Asyldebatte 1992 brannte in der BRD jeden Tag mindestens eine Flüchtlingsunterkunft oder eine Wohnung, die von Menschen bewohnt wurde, die (aus biologistischer Sicht) nicht-deutscher Herkunft waren. Die Wahlerfolge der AfD kamen in einer Zeit zustande, als die überregionalen Medien Ressentiments gegen Menschen aus Osteuropa sendeten und druckten. Die Bundesregierung erleichterte sogleich die Abschiebungsbestimmungen in die Zerfallsprodukte Jugoslawiens und schiebt seither Sinti und Roma ab. Im Winter erhöhten sich die Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte in der gesamten BRD, während *Pegida* die Medienberichterstattung beherrschte. Im Dezember reiste der Brandenburger Parteivorsitzende **Alexander Gauland** nach Dresden, um sich in die *Pegida*-Demonstrationen einzureihen und bezeichnete die Demonstrierenden als „natürliche Verbündete“. Zwar wurde diese Äußerung durchaus von anderen AfD-Politiker*innen kritisiert, verrät jedoch die politische Sympathie der AfD für kulturrassistische Weltanschauungen. Die Ressentiments, die *Pegida* ausdrückt(e), sind dieselben, die auch die AfD hegt.

Demokratievorstellungen der AfD

»Ich halte es für falsch, wenn man mitten in der Legislaturperiode eine Aufgabe, die man übernommen hat, für einen gutbezahlten Posten aufgibt.« Dies sei »keine Werbung für die repräsentative Demokratie«“ (*Der Tagesspiegel*, 04.02.2015) Mit diesen Worten kritisierte **Gauland Katharina Reiches** Wechsel in die Führung eines Wirtschaftsverbandes. Mag diese Kritik ein gelungener Seitenhieb auf den Konkurrenten CDU gewesen, ist er doch scheinheilig. **Gauland**, der eine Partei gründen half, deren prominente Mitglieder die Abschaffung der repräsentativen Demokratie zugunsten derjenigen Bevölkerungsgruppen propagieren, die auch heute schon überdurchschnittlich viel Einfluss und Multiplikatorenressourcen haben, dürfte sich wenig um das Ansehen und Funktionieren des demokratischen Parlamentarismus sorgen. Über das bundesdeutsche Politiksystem sprach **Bernd Lucke**, einer der Bundessprecher der AfD, als „entartete Demokratie“. Die Leistungsträgerideologie der Partei harmoniert nicht mit der parlamentarischen Demokratie, die nominell allen zugänglich ist und in der alle eine Stimme haben, sich unabhängig von der sozialen Herkunft zur Wahl stellen dürfen und in dem sogar Frauen Chef werden dürfen.

In Sachsen trat die AfD unter anderem mit dem Vorschlag in den Wahlkampf ein, ein Familienwahlrecht einzuführen: Jeder Familie stehen genauso viele Stimmen zu, wie Familienmitglieder vorhanden sind. Familienbande werden also zur politischen Zwangsgemeinschaft über die Versorgungspflichten füreinander hinaus gemacht und der einzelne Mensch politisch lediglich Mitglied eines solchen „natürlichen“ Zusammenhangs. Und natürlich versteht die AfD unter Familie nicht gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Familie soll sein: Vater, Mutter (deutsch, möglichst hohe Abschlüsse und bitte nicht von Sozialleistungen abhängig) und drei Kinder (möglichst deutsch). Denn die Familie sei die „Keimzelle der Nation“. Assoziationen mit historischen Vorgängern sind angeblich nicht beabsichtigt.

Andere AfD-Ikonen, wie **Konrad Adam**, agitieren gegen das allgemeine Wahlrecht. Denn dass Hartz-IV-Empfänger*innen wählen dürfen, lähmt angeblich die Leistungsträger*innen (zu denen sich die AfD-Clique offenbar zählt). Wenn die Armen, die weniger gut gebildet seien (das liegt an ihrer geringeren Intelligenz, denn sonst wären sie ja nicht arm), wählen, wählen sie interessegeleitet (was die Leistungsträger*innen natürlich nicht tun; sie haben keine Interessen, sondern Aufgaben). Das Interesse der Leistungsempfänger*innen besteht natürlich darin, noch mehr Leistungen zu erhalten. Auch die Kinder der Leistungs-träger*innen sollen möglichst wenig mit den Kindern von Leistungsempfänger*innen zusammenkommen. Deshalb ist die AfD an der sehr frühen sozialen Aussiebung in den Schulen interessiert. Der Soziologe **Andreas Kemper** attestiert der AfD ständisches Denken. In der Tat ist die AfD der Liberalisierung menschlicher Beziehungen abhold und möchte dafür sorgen, dass die Armen unten und die heterosexuelle Zweierbeziehung mit (am besten drei) Kind(ern) im Familienmodell das bestimmende Element bleiben.

Fazit: Im Hass vereint

Mag die Nähe zu wirklichen, das meint: bekennenden und als solche auftretenden, Nazis von der AfD auch noch so sehr bestritten werden, wird sie jedoch von Naziseite bestätigt. Das weltanschauliche Scharnier zwischen beiden Gruppen ist wieder **Thilo Sarrazin** – dessen biologistisches Weltverständnis und Hass auf Benachteiligte, die grummeln und sich nicht hinten an der Schlange anstellen wollen. Die Bezugnahme auf **Sarrazins** Thesen geschieht offen und unverhohlen durch AfD-Mitglieder wie **Hans-Olaf Henkel**. Von Seiten der Nazis geschieht dies beispielsweise im NSU-Prozess: Während eines Verhandlungstags am Münchener Oberlandesgericht gegen **Beate Zschäpe** und andere beantwortete ein Zeuge aus der Sächsischen Naziszene die Frage nach seiner politischen Gesinnung mit: „naja, ganz normal halt“. Auf Nachfrage, was er unter „normal“ verstehe, zuckte er die Schultern und sagte: „Wie soll ich sagen: Deutschland schafft sich ab.“

DB

RECHTER RAND

INTERVIEW MIT GISELA MÜLLER

VON DINA BLOND

Es ist ein sonniger Nachmittag Ende Februar. Gisela Müller, eine Rentnerin, die ihr Alter nicht verraten möchte, wohnt weit oben in einem Punkthochhaus in Potsdam. Der Blick über die Stadt stimmt, besonders in dieser Jahreszeit. Gisela Müller trat aus der Potsdamer CDU aus, als das linksalternative Projekt *Inwole* von CDU-Politiker Sven Petke attackiert wurde.

DINA BLOND

Frau Müller, Sie waren früher Mitglied in der CDU, traten 2011 aus der Partei aus und begründeten den Austritt mit dem verstärkten Rechtspopulismus, der sich gegen basisdemokratische Projekte richtete.

GISELA MÜLLER

Das war richtig. Ich bereue diese Entscheidung nicht. Es ist ja auch nicht besser geworden. Es wird ja nach wie vor über Linke gelästert. So sehe ich die Rückkehr von **Sven Petke** in die Politik als Ergebnis davon, dass die AfD Konkurrenz macht. Denn immerhin hatte die CDU sich ja ein bisschen beruhigt. Das wird sich bestimmt wieder ändern.

Bevor sich die AfD gründete, gab es in der CDU immer wieder Kritik an der Bundeskanzlerin, sie würde eine sozialdemokratische Politik betreiben. Es wurde gefordert, das konservative Profil zu stärken…

…Gegen Konservativismus habe ich nichts. Aus meiner Sicht muss sich nicht immerzu etwas ändern. Zumal ich als Christin die Mitmenschlichkeit für wichtig halte. Allerdings muss ich sagen, dass es christliche Politiker*innen gibt, die davon reden, dass sie „bis zur letzten Patrone gegen die Einwanderung in unsere Sozialsysteme kämpfen“ werden. Da höre ich nur Gewalt heraus. Und das sagte ein Landesminister von der CSU.

Zeitgleich lief die NSU-Mordserie, deren Opfer türkische Kleinunternehmer waren…

Eben. Und da frage ich mich, wieso ein Politiker in diesem Land, das sich gern auf die Werte des Abendlandes beruft, zu solchen Worten greift. Und das ist ja keine Spezialität der CDU oder CSU. Denn wenn Sie an **Thilo Sarrazin** denken, dann sehen Sie, dass es nicht auf die Parteibücher ankommt. Wissen Sie, meine Nachbarin ist ein gutes Beispiel dafür: Die **Regina** ist in der PDS, also jetzt Die Linke, geht immer in ihre Basisgruppe. Na, da streiten wir uns natürlich auch mal... Aber **Regina** hat einen Hund. Der geht übrigens ohne Leine. Ja, und da hat sie mir mal erzählt, weil hier jetzt viele russische Leute eingezogen sind, dass die Ausländer ihr den Hund wegnehmen wollen. Da habe ich doch gelacht, seitdem redet sie nicht mit mir. Mensch, stellen Sie sich vor, sie glaubt, die machen Pelmeni aus dem Hund! So ein Unfug! Dabei ist der **Mulli** so alt, der schmeckt doch gar nicht mehr. Und gegenüber ist ein Fleischer.

Sarrazin ist ja besonders beliebt bei den Anhänger*innen der AfD. Wie wirkt diese Partei auf Sie?

Ach, hören Sie auf… Was soll ich denn denen abgewinnen? Die erzählen, dass Einwanderung klare Regeln braucht und dass sie die Familie stärken wollen. Erstens denke ich, dass nichts in diesem Land so gut geregelt wird, wie Einwanderung. Das war ja das Geschenk der Bundespolitik an die Rechten nach den Pogromen in Rostock. Was soll denn noch geregelt werden? Im Mittelmeer ertrinken die Armen, die vor Kriegen fliehen. Letzten Sommer erst gab es da so viele Tote. Und das waren doch auch Familien! Die werden überhaupt nicht gestärkt! Hier sollen ja nur deutsche Familien unterstützt werden. Und das ist unchristlich, wenn man beginnt, die Menschen nach Hautfarbe oder Religion oder Kultur zu unterscheiden. So habe ich das nicht gelernt. Das regt mich auf. Außerdem glau-

be ich auch nicht daran, dass man ein Problem, das so global ist wie Kriege um Rohstoffe und Religionen dadurch löst, dass man hier in Brandenburg oder der BRD insgesamt, den Leuten vorschreibt, wer bleiben darf.

Die AfD ist für Sie also unglaubwürdig, habe ich Sie richtig verstanden?

Ja. Sie tun so, als ob sie einfache Lösungen für alles haben. Da werde ich misstrauisch. Wie damals bei der Schill-Partei. Das ist beunruhigend, aber alles schon dagewesen. Nun muss ich sagen, auch ich bin manchmal, naja,… also ich bin befremdet, wenn ich lese oder im Fernsehen sehe, was der *Islamische Staat* da macht, mit den Massenexekutionen. Mein Enkel hat mir das im Internet gezeigt, das ist ja fürchterlich. Und da bekomme ich auch Angst, dass hier sowas passieren kann. Insofern verstehe ich auch die Dresdner, die da jetzt immer demonstrieren. Nur wissen Sie, wenn wir da jetzt alle hysterisch werden, dann passiert nur wieder Unrecht. Denn Eiferer gibt es ja auch bei den Christen. Neulich waren welche hier, haben geklingelt und wollten mich bekehren. Das fand ich auch nicht schön. Denn ich bin ja nicht gottlos. Ich finde es wichtig, dass man sich an Regeln hält.

Ist das ein Plädoyer für mehr Gesetze?

Nein, so habe ich das nicht gemeint. Wir haben ja viele Gesetze. Aber die Menschen brauchen leider immer einen Sündenbock. Bei mir war es immer mein verstorbener Mann **Günther**. Manchmal hat er dann mit mir gezankt, und manchmal hat er gesagt: **Gisela**, heute streite ich mich einfach nicht, lass es sein. Das wäre mal eine gute Haltung: Einfach nicht provozieren lassen.

Heißen Dank für das Gespräch!

DB

IMPRESSUM

Herausgeberin dieses Heftes ist die Wählergruppe DIE aNDERE

Potsdam / Mai 2015

DIE aNDERE

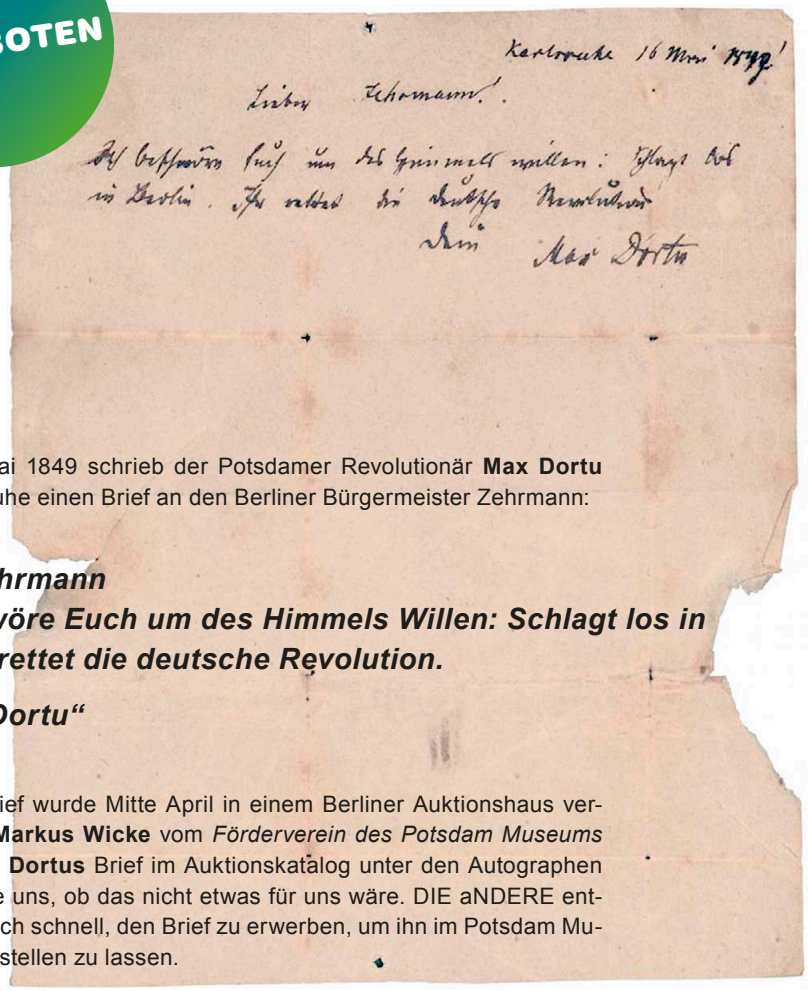
V.i.S.d.P. **DIE aNDERE**
c/o JAN WENDT
Gutenbergstraße 60
14467 Potsdam

MAIL DIE.aNDERE.potsdam@web.de
WEB www.DIE-aNDERE.org
facebook.com/DIEaNDEREPotsdam

An diesem Heft haben mitgewirkt:
DINA BLOND, LUTZ BOEDE, VERA DOST, BEATE NETZLER, ANNEGRET PANNIER, MAREK WINTER, SIMON WOHLFAHRT

Gestaltung:
MARCUS GROßE / INTERKRAFT@WEB.DE

ÜBERBOTEN



Am 16. Mai 1849 schrieb der Potsdamer Revolutionär **Max Dortu** in Karlsruhe einen Brief an den Berliner Bürgermeister Zehrmann:

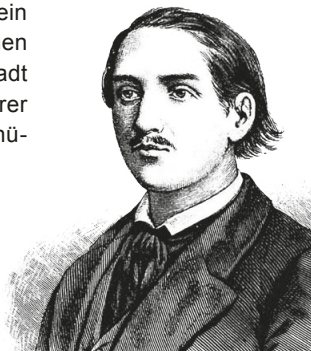
„Lieber Zehrmann
Ich beschwöre Euch um des Himmels Willen: Schlagt los in Berlin. Ihr rettet die deutsche Revolution.

Dein Max Dortu“

Dieser Brief wurde Mitte April in einem Berliner Auktionshaus versteigert. **Markus Wicke** vom *Förderverein des Potsdam Museums* entdeckte **Dortus** Brief im Auktionskatalog unter den Autographen und fragte uns, ob das nicht etwas für uns wäre. DIE aNDERE entschloss sich schnell, den Brief zu erwerben, um ihn im Potsdam Museum ausstellen zu lassen.

Wir verständigten uns, an der Auktion teilzunehmen und bis zu 2.500 EUR zu bieten. Am 17. April fuhren wir früh ins Auktionshaus. Nach stundenlangem Warten dauerte die Versteigerung des Dortu-Briefes dann kaum mehr als eine Minute. Den Zuschlag erhielt ein Unbekannter, der telefonisch mitbot – für 2.600 EUR. Leider kamen wir mit leeren Händen aus Grunewald zurück. **Dortus** Heimatstadt Potsdam muss sich vorerst mit dem Abdruck des Briefes in unserer aNDEREN Zeitung begnügen. Als gäbe es in Potsdam nicht genügend Kopiertes.

Maximilian Dortu
(1826 – 1849)



Am Samstag, dem 13.06.2015, sind alle Potsdamer*innen aufgerufen, für bezahlbaren Wohnraum und Verbesserung der Geflüchtetensituation auf die Straße zu gehen.

AUF DIE STRASZE FÜR EINE STADT FÜR ALLE!

Samstag 13.06.2015

In einem ersten Aufruf heißt es:
Potsdam sonnt sich in mitteschöner Wohlfühlfolklore, während Menschen in Lagern am Stadtrand untergebracht, in Container oder gleich ganz abgeschoben werden sollen. Lasst uns die politischen Kämpfe in der Stadt für diese Aktion bündeln und gemeinsam auf die Straße gehen und Druck machen:

Gegen » die absurde Stadtpolitik zwischen Luxusbebauung und erzwungenem Containerleben für Geflüchtete » das rassistische und menschenunwürdige Asylsystem

Für » Vielfalt und ein selbstbestimmtes Leben für alle » bezahlbare Wohnungen statt sinnloser Abriss- und Privatisierungspolitik » eine solidarische Gesellschaft

Gemeinsam wollen wir in Solidarität demonstrieren: Geflüchtete, Künstler*innen, Mietnomaden, prekär lebende Rentner*innen, Arbeitslose, mies bezahlte Beschäftigte, sich im Hamsterrad befindliche Student*innen und Schüler*innen und schließlich alle, die für eine lebendige, bezahlbare und solidarische Stadt einstehen.

mehr Infos unter www.stadtfueralle.de